

Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Redebeginn

Nr. 136 / 2014

Kiel, Donnerstag, 20. März 2014

Bildung / Inklusion

Anita Klahn: Wir brauchen neue Bedingungen für gelingende Inklusion

In ihrer Rede zu TOP 28 (Inklusion entschleunigen) erklärt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Zum Einstieg möchte ich aus dem Beschluss der KMK aus November 2011 zur Inklusiven Bildung zitieren:

„Inklusiver Unterricht beinhaltet Maßnahmen innerer und äußerer Differenzierung, um flexibel und angemessen auf die Erfordernisse der Lerngruppe mit ihren unterschiedlichen Voraussetzungen eingehen zu können, und schließt personelle Überlegungen ein.“

Und weiter:

„Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen in allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen sollen Bildungs-, Beratungs- und Unterstützungsangebote in verschiedenen Formen zur Verfügung stehen. Sie sind an verschiedenen Lernorten, ggf. Schwerpunktschulen, inhaltlich und zeitlich unterschiedlich ausgeprägt. Die verschiedenen Angebote...(sollen) dem Unterstützungsbedarf der Kinder und Jugendlichen mit Behinderung entsprechen.“

Dazu wird in dem Papier explizit auf die Notwendigkeit der personellen, räumlichen und sächlichen Ausstattung verwiesen (S. 15).

Doch was ist bislang konkret umgesetzt? Lassen sie mich die erhobenen Vorwürfe aus bildungspolitischen Diskussionen wie folgt zusammenfassen:

Wir lassen Schulen alleine. Wir lassen die Eltern alleine. Wir lassen die Lehrer alleine und vor allem lassen wir die Kinder alleine.

Die Situation an den Schulen ist teilweise dramatisch. Wir dürfen die Klagen der Lehrer nicht einfach ignorieren. Die Unterstützung, die die Lehrer an den Regelschulen bekommen, ist einfach zu gering. Wenn man einem Lehrer für vielleicht zwei oder vier Stunden in der Woche einen Sonderpädagogen an die Seite stellt, dann reicht das einfach nicht.

Einen Aspekt müssen wir uns in der Debatte immer vergegenwärtigen. Es geht beim Thema Inklusion nicht nur um die Rechte von Kindern mit besonderem Förderbedarf, sondern es geht genauso um die Rechte und Bildungschancen aller Kinder. So hat es Dr. Klug für meine Fraktion bereits vor fünf Jahren klargestellt.

Auch bedeutet Inklusion nach UN-Konvention nicht Gleichmacherei. Inklusion bedeutet, die Unterschiedlichkeit aller Kinder zu achten und jedes Kind nach seinen Bedürfnissen individuell zu fördern. Dazu brauchen wir vielfältige Angebote. Regelschulen können unter den gegebenen Rahmenbedingungen nicht immer den Bedürfnissen für Kinder mit Behinderung gerecht werden. Auch darf es keine verordnete Inklusion geben. Eltern müssen die Wahlmöglichkeit haben, die für ihr Kind jeweils beste Förderung zu wählen.

Wir brauchen neue Bedingungen für gelingende Inklusion. Meine Fraktion ist der festen Überzeugung, dass wir differenzierte Lösungen brauchen. Die unterschiedlichen Förderbedarfe sind auch unterschiedlich zu behandeln. Wir müssen Kinder mit körperlicher Behinderung anders betrachten, als Kinder mit Problemen bei der geistigen Entwicklung und als lernschwache Kinder oder Kinder mit Problemen im Bereich der emotionalen und sozialen Entwicklung.

Aus unserer Sicht sind die ersten beiden Gruppen nicht die Hauptproblembereiche, über die wir sprechen. Niemand zieht in Zweifel, dass Kinder mit körperlichen Behinderungen an Regelschulen unterrichtet werden sollen. Das ist eine reine Frage der Barrierefreiheit. Auch haben wir mit den Landesförderzentren, z.B. Hören, gute Ergänzungen, da wo es nötig ist.

Aus unserer Sicht gibt es auch keine Zweifel daran, dass wir die G-Förderzentren weiter benötigen. Wer schon mal ein solches Zentrum besucht hat, kann nicht ernsthaft der Meinung sein, dass wir diese Zentren schließen sollten. Vielmehr müssen wir in diesem Bereich dringender ins Auge fassen, wie sich das Problem, dass die geistige Behinderung von Kindern verstärkt auf exogene Faktoren zurückzuführen ist und damit leider auch eine soziale Frage ist, lösen lässt.

Gedanken müssen wir uns um die letzte Gruppe machen. Es sind doch die lernschwachen Kinder und die Kinder mit Problemen im sozial-emotionalen Bereich, die im Fokus stehen. Bei diesen Kindern gelingt aktuell häufig die Inklusion nicht. Wir brauchen eine nachhaltige Verbesserung der Unterstützungsmaßnahmen für Regelschulen. Wir brauchen aber auch qualitativ hochwertige Förderschulen in diesen Bereich. Weitere Schließungen von Förderzentren lehnen wir ab.

Stattdessen sollte da, wo Bedarf besteht, Förderschulen wieder aufgebaut werden. Das kann auch sehr gut als Förderzentrumsteil einer allgemeinbildenden Schule geschehen. Dafür gibt es ja bereits zahlreiche Beispiele. Auch sollten wir prüfen, wie die Kooperation zwischen Förderschulen und allgemeinbildenden Schulen ausgebaut werden kann.

Von daher wird der vorliegende Antrag von der FDP unterstützt.“